



Bundesministerium
der Justiz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

An die Fachkreise und Verbände

nur per E-Mail

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

ANSPRECHPARTENER BMJ-IB7 / BMDV-LF16

TEL (+49) (0)30 18 580-0 /
(+49) (0)228 99 300-0

E-MAIL IB7@bmj.bund.de; Ref-LF16@bmdv.bund.de

AKTENZEICHEN BMJ-IB7 745022#00012#0010

BMDV-LF16 601070101#00002#0002

DATUM Berlin, 12. Februar 2025

BETREFF: Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr

HIER: Beteiligung der Fachkreise und Verbände

ANLAGE: Fragebogen

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übersenden wir Ihnen den Fragebogen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 ([Link](#)) und der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 ([Link](#)) über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr ([Link zum Kommissionsvorschlag von 2013](#)). Die Verhandlungen finden auf EU-Ebene in der Ratsarbeitsgruppe Luftverkehr statt. Der beigefügte Fragebogen betrifft Themen, die diese Ratsarbeitsgruppe zu dem Vorschlag diskutiert. Bitte beachten Sie, dass der Fragebogen auch Rechte von Menschen mit Behinderungen betrifft (Fragen 8, 26, 29).

Es besteht Gelegenheit, zu diesem Fragebogen Stellung zu nehmen, und zwar

bis Mittwoch, den 12. März 2025 (DS)

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)

per E-Mail an IB7@bmj.bund.de sowie an Ref-LF16@bmdv.bund.de, da das Dossier von BMJ und BMDV gemeinsam federführend bearbeitet wird.

Hierbei bitten wir, folgende Maßgaben zu beachten:

- Wir wären dankbar, wenn Sie sich bei Ihrer Stellungnahme an der **Gliederung des Fragebogens** orientieren würden. Das erleichtert die Auswertung. Sie können sich hierbei selbstverständlich auf die Sie betreffenden bzw. interessierenden Aspekte beschränken.
- Die von Ihnen eingereichten Stellungnahmen werden grundsätzlich auf den **Webseiten des BMDV und des BMJ publiziert**. Deshalb bitten wir darum, Ihre Stellungnahme im PDF-Format einzureichen. Eine gesonderte Übersendung per Briefpost ist nicht erforderlich. Stellungnahmen, die uns ausschließlich in Papierform erreichen, werden wir einscannen und ebenfalls publizieren.
- Die Veröffentlichung umfasst auch **Namen und sonstige personenbezogene Daten**, die in Ihrem Dokument enthalten sind. Sofern Sie mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten nicht einverstanden sind, bitten wir Sie darum, diese aus dem Dokument zu entfernen. Bitte verzichten Sie auf Ihren Unterschriftenzug unter Ihrer Stellungnahme.
- Soweit Sie uns Informationen mitteilen möchten, die Sie als **Geschäftsgeheimnis** nicht veröffentlicht sehen möchten, bitten wir darum, uns diese in einem separaten Dokument zu übersenden und dieses Dokument entsprechend zu kennzeichnen.
- Falls Sie der Publikation Ihrer Stellungnahme im Internet **insgesamt widersprechen**, wird auf der Internetseite des BMJ lediglich vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde, und wer diese verfasst hat. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass das Bundesministerium der Justiz verpflichtet sein kann, Stellungnahmen herauszugeben, z. B. in einem Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz.
- Die von Ihnen eingereichten Stellungnahmen können **informationstechnologisch**, ggf. auch, aber nicht ausschließlich, unter Einsatz von künstlicher Intelligenz, verarbeitet werden. Dies kann auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in dem Dokument enthalten sind, umfassen. Daher bitten wir Sie darum, die Stellungnahme in einem **maschinenlesbaren PDF-Format** einzureichen. Sofern Sie mit der Verarbeitung personenbezogener Daten nicht einverstanden sind, bitten wir Sie auch aus diesem Grund, solche Daten vor Übersendung aus dem Dokument zu entfernen.

- Es wird auf die ggf. bestehende Pflicht zur Registrierung im **Lobbyregister** nach dem Lobbyregistergesetz hingewiesen.
- Personenbezogene Daten (wie Namen, Funktionen, Mail-Adressen, Übersendungszeitpunkte) werden nur solange verarbeitet, wie dies für den Zweck erforderlich ist. Die Rechtsgrundlage für die Erhebung personenbezogener Daten im Rahmen der Teilnahme an der Befragung der Fachkreise und Verbände ist die Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a. DSGVO. Die personenbezogenen Daten werden, soweit keine Rechtsgrundlage mehr für die Verarbeitung besteht, sechs Monate nach Beendigung der Befragung gelöscht. Ihre vorstehende Einwilligung gilt so lange, bis Sie sie widerrufen. Diesen Widerruf können Sie zu jedem späteren Zeitpunkt ohne Angabe von Gründen telefonisch, schriftlich oder per E-Mail erklären (IB7@bmj.bund.de). Ferner stehen Ihnen die weiteren in der Datenschutzerklärung des BMJ unter Ziffer 7 dargestellten Rechte zu ([Link](#) zur Datenschutzerklärung des BMJ).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Referat IB7